

Volksbefragungen brauchen faire Bedingungen

13. Januar 2026

Die Hamburgische Bürgerschaft will im Mai dieses Jahres wieder eine Volksbefragung machen. Das nennt man **Bürgerschaftsreferendum**. Dieses Verfahren gibt es seit 2015. Damals ging es um die Frage, ob Hamburg sich um die Olympischen Spiele bewerben soll.

Auch in diesem Jahr sollen die Bürgerinnen und Bürger sagen, ob sie Olympische Spiele in Hamburg wollen.

Aber was ist dieses Referendum genau?

Viele Menschen denken: Ein Referendum ist das gleiche wie ein Volksentscheid. Das stimmt aber nicht ganz. Es gibt wichtige Unterschiede.

Bei **Volksinitiativen** kommen die Ideen aus der Bevölkerung. Bürgerinnen und Bürger sammeln selbst Unterschriften und werben mit eigenen Mitteln für ihr Thema. Das Verfahren hat mehrere Stufen und am Ende kann es zu einem Volksentscheid kommen. Dafür gibt es strenge Regeln, zum Beispiel zu Fristen und zur Anzahl der Stimmen. Wenn es rechtliche Zweifel gibt, kann das Verfassungsgericht eingeschaltet werden. Ein Beispiel dafür ist der Zukunftsentscheid aus dem letzten Jahr.

Ein **Bürgerschaftsreferendum** funktioniert anders. Hier entscheiden Senat und Bürgerschaft über das Thema und den Zeitpunkt. Es gibt lange Vorbereitungszeiten von etwa 10 Monaten. Die Information und Werbung für das Referendum werden mit Steuergeld bezahlt.

Helena Peltonen von „Mehr Demokratie Hamburg“ erklärt:

Gegenvorschläge aus der Bevölkerung sind fast nicht möglich. Sie müssen schon gestartet sein, bevor das Referendum beschlossen wird. Dadurch haben Volksinitiativen kaum eine Chance, sich gleichzeitig mit dem gleichen Thema zu befassen. Viele Regeln und Fristen machen es den Bürgerinnen und Bürgern schwer, ihre eigene Meinung einzubringen.

Ulrike Dockhorn von „Mehr Demokratie Hamburg“ sagt:

Ein Referendum kann sinnvoll sein, um die Meinung der Menschen zu erfahren. Aber die Regeln müssen fair sein. Vor 10 Jahren gab es ein Informationsheft zur Abstimmung. Darin standen **Pro- und Contra-Argumente** in gleicher Länge. So konnten sich alle gut informieren. Damals haben sich die Hamburgerinnen und Hamburger gegen Olympia entschieden.

Deshalb fordert „Mehr Demokratie Hamburg“ auch diesmal:

Senat und Bürgerschaft sollen für eine **faire Information** sorgen. Alle Argumente für und gegen Olympia müssen gleich viel Platz bekommen. Das ist besonders wichtig, weil das Referendum mit Steuergeld bezahlt wird.

Mehr Informationen zu Referenden und direkter Demokratie gibt es auf:

<https://hh.mehr-demokratie.de>